

Dresden, 14. November 2005

## **Die ambulante Versorgung der Patienten ist in Gefahr**

---

Die niedergelassenen Ärzte in Sachsen sehen ernste Probleme bei der Versorgung ihrer Patienten. Auch die Arbeitsplätze vieler Arzthelferinnen sind bedroht.

Nur 13,4 Prozent der Ausgaben der Krankenkassen werden in den fünf neuen Bundesländern für die ambulante Versorgung der Patienten verwendet. In den alten Bundesländern stehen dafür 16,9 Prozent zur Verfügung. Im Jahr 2004 wurden nach einer Statistik des BMGS vom 15. 7. 05 in den alten Bundesländern je Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 428,81 Euro für die ambulante ärztliche Behandlung ausgegeben. Im Osten standen dafür nur 298,17 Euro zur Verfügung, das sind pro Versichertem 130,64 € oder 30,5 Prozent weniger!!! In Sachsen wurden 2004 nur 277,92 € pro Mitglied von AOK, BKK, IKK, LKK ausgegeben. Das sind nur 65 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben im Westen und 93 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben im Osten.

Gleichzeitig muss aber ein niedergelassener Arzt in Sachsen 36 Prozent mehr Patienten als in den Altbundesländern betreuen und die ostdeutschen Patienten leiden häufiger an Krankheiten wie Bluthochdruck, Herzinfarkt und Diabetes mellitus.

Im Unterschied zum stationären Sektor des Gesundheitswesens dessen Mittel in den vergangenen 10 Jahren um rund 33 Prozent gewachsen sind, erhöhten sich die Mittel für die ambulante Versorgung im gleichen Zeitraum nur um 0.3 Prozent.

Seit diesem Jahr kommt komplizierend hinzu, dass durch die Hartz-IV-Gesetze der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bundesgebiet 300 Millionen Euro, davon in Sachsen rund 28 Millionen Euro entzogen wurden. Seit dem zweiten Quartal 2005 gilt für die kassenärztliche Tätigkeit ein neues Abrechnungssystem mit vorgeschriebenen Zeiten und berechneten Kosten. Dieses neue Abrechnungssystem wurde streng betriebswirtschaftlich kalkuliert. Mit der ersten Abrechnung nach diesem System ist für alle niedergelassenen Ärzte Sachsens sichtbar geworden, dass nach etwa 2/3 eines Quartals das von den Krankenkassen für die ambulante Versorgung zur Verfügung gestellte Geld aufgebraucht ist. Von diesem Zeitpunkt an arbeiten die Praxen ohne Honorar bei laufenden Kosten. Auch die Anhebung der von AOK und IKK in Sachsen gezahlten Gesamthonorare für die Jahre 2005 und 2006 ändert daran nichts Grundsätzliches.

Eine Arztpraxis funktioniert jedoch materiell wie ein Kleinbetrieb. Da alle Kosten, wie Gehälter für die Mitarbeiter, Miete, Strom und Verbrauchsmaterial immer anfallen, wird die Existenz der Praxis gefährdet, wenn nur 2/3 der erbrachten Leistungen von den Krankenkassen honoriert werden. Da 70 Prozent der Betriebskosten Personalkosten sind, muss zunehmend auch Personal entlassen werden. Kein Arzt entlässt aber gern seine vertrauten und langjährigen Mitarbeiter, die für die Arbeitsfähigkeit einer Praxis notwendig sind.

Die niedergelassenen Ärzte Sachsens und die Arzthelferinnen wollen, dass die Verantwortlichen bei Krankenkassen und Politik an dem Zustand der chronischen Unterfinanzierung des ambulanten Bereichs (Arztpraxen) etwas ändern, um **die Versorgung aller Patienten in der bisherigen Qualität aufrechterhalten** zu können.

Um Rationierung zu vermeiden fordern Sie:

**Anhebung der prozentualen Ausgaben der Krankenkassen in Sachsen und allen neuen Bundesländern auf das Niveau der alten Bundesländer. Diese Mittel sollen aus dem Risikostrukturausgleich der Krankenkassen zwischen den Bundesländern und dem Kliniketat mobilisiert werden.**

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Berufsverbände der Arzthelferinnen und der sächsischen Ärzte beschlossen, den 30. November 2005 als Aktionstag zu nutzen. Sie wollen ihre Patienten, die Politik und die Krankenkassen auf die drohenden Folgen der chronischen Unterfinanzierung aufmerksam machen. Zu diesem Zweck werden die teilnehmenden Praxen am Vormittag ohne ihre Arzthelferinnen arbeiten und sich um 13 Uhr zu einer zentralen Demonstration vor dem Kulturpalast Dresden treffen.

Berufsverband der Arzthelferinnen

Ärztliche Berufsverbände in Sachsen

Ansprechpartner für die Presse.

Dr. med. Eckart Laake

Koordinator des Aktionstages in Sachsen

Königsbrücker Straße 57

01099 Dresden

Tel.: 0351 - 80 46 831

Sabine Rothe

Präsidentin des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen e.V.

Humboldtsiedlung 17

02763 Zittau

Tel.: 03583 - 79 12 45